

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1904**

21.6.1904 (No. 228)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. Juni.

No. 228.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Sorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Abverlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsentwürfe werden nicht zurückgesandt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1904.

## Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 16. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, den königlich Schwedischen Kammerherren Freiherrn Theodor Adelswärd und Jean Jacques De Geer das Kommandeurkreuz zweiter Klasse Höchstzihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 18. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Intendanten Emil Claar in Frankfurt a. M. das Ritterkreuz erster Klasse Höchstzihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 11. Juni d. J. gnädigst geruht, den Vorstand des Finanzamts Emmendingen, Obersteuerinspektor Paul Lang, zum Oberzolinspektor und Vorstand des Hauptsteueramts Lahr,

die Bezirkssteuerinspektoren Julius Eichhorn in St. Blasien und Fridolin Gund in Müllheim zu Obersteuerinspektoren, und

den Steuerinspektor Adolf Prokopff bei der Zolldirektion zum Finanzinspektor zu ernennen, den Steuerinspektor Leo Zeiser bei der Steuerdirektion zur Zolldirektion und

den Vorstand des Finanzamts Chiengen, Bezirkssteuerinspektor Bernhard Bürck, zum Finanzamt Wertheim in gleicher Eigenschaft zu versetzen, den Finanzassessor Franz Effinger in Mannheim unter Verleihung des Titels Bezirkssteuerinspektor zum Vorstand des Finanzamts Chiengen, sowie die Finanzpraktikanten

Theodor Plock von Karlsruhe, Karl Meyer von Freiburg und Viktor Horning von Neudorfshofsheim unter Verleihung des Titels Finanzassessor zu zweiten Beamten der Bezirksfinanzverwaltung mit Hauptamtskontrollursang zu ernennen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 14. Juni d. J. wurde Forstassessor Lambinus, zurzeit bei der Steuereinschätzung, nach Baden versetzt und dem Forstamt daselbst als zweiter Beamter zugewiesen.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums der Finanzen vom 14. Juni d. J. wurde Forstassessor Schlicht, zurzeit in Stockach bei der Steuereinschätzung, dem Forstamt daselbst als zweiter Beamter zugewiesen.

Die Uebertragung einer Postratsstelle bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion Konstanz an den Posttrat Wiese aus Magdeburg hat die Höchstlandesherrliche Bestätigung erhalten.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen vom 14. Juni d. J. wurden Betriebsassistent Heinrich Diehl in Mannheim nach Medesheim und Betriebsassistent Karl Hafensfuß in Konstanz nach Stockach versetzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Sozialdemokratie und Bürgertum.

Seit dem 16. Juni 1903, an dem die letzten Reichstagswahlen stattfanden, ist ein Jahr verflossen. Im Laufe dieses Jahres haben 14 Stichwahlen stattgefunden, die ihr charakteristisches Gepräge erhalten durch den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen. Nur ein einziger Wahlkreis macht eine Ausnahme: Dessau-Verbst, wo die äußerste Linke einen Zuwachs von 447 Stimmen (= 3,6 v. H.) zu verzeichnen hat. Diese Wahl fand vor dem Dresdener Parteitag statt, die anderen (ausgenommen Schlochau-Platow) nach dem Parteitag. Die Sozialdemokratie verlor an Stimmen in

Bischopau-Marienber.	3460	=	25,4 v. H.
Auerbach-Reichenbach	3334	=	17,4 v. H.
Mittweida-Rochlitz	3231	=	16,7 v. H.
Altenburg-Schmölln	1651	=	29,7 v. H.
Straßburg (Land)	1618	=	52,2 v. H.
Stallupönen-Goldap	1493	=	100 v. H.
Dsnabrück-Verjenbrück	1441	=	22,6 v. H.
Frankfurt a. D.-Lebus	1410	=	11 v. H.
Altenburg-Schmölln	1268	=	6,7 v. H.

Eschwege-Schmalkalden	648	=	10 v. H.
Tauberhofsheim	270	=	100 v. H.
Schrimm-Schroda	38	=	100 v. H.
Schlochau-Platow	25	=	4,3 v. H.

Der Ausfall dieser Nachwahlen bedeutet für die Sozialdemokraten einen Verlust von insgesamt 19 440 oder von durchschnittlich 21 v. H. der 1903 abgegebenen Wahlstimmen und von drei Mandaten: Bischopau-Marienber., wo der den sozialistischen Wählern an Stelle Göhres von der Parteileitung aufgewungene Kandidat Pinkau unterlag; Altenburg-Schmölln, wo Buchwald, und Frankfurt a. D., wo der den Parteihauptern unbequeme Dr. Braundurchfiel. Erheblich ist der Stimmenrückgang (abgesehen von Stallupönen-Goldap, Tauberhofsheim und Schrimm, wo sich die Sozialdemokratie bei den Nachwahlen nicht beteiligte) in Straßburg-Land — 52,2 v. H., in Bineburg-Winzen — 29,7 v. H., in Bischopau-Marienber. — 25,4 v. H., in Dsnabrück — 22,6 v. H., in Reichenbach-Auerbach — 17,4 v. H., in Mittweida-Rochlitz — 16,7 v. H., in Frankfurt a. D. — 11 v. H., in Eschwege-Schmalkalden — 10 v. H. Es scheint somit, als ob der Verlauf des Parteitages im Trianonssaal einen Teil der zahlreichen Mitläufer der Sozialdemokratie flüchtig gemacht hat. Offenbar schiden sich manche an, die Reihen der „Genossen“ zu verlassen, eine Tatsache, die auch durch den Ausfall der Wahlen im Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha ihre Bestätigung erfahren hat. Aber auch waschichte Sozialdemokraten scheinen nicht mehr mit der gewohnten Tatkraft an den Wahlkämpfen des verfloffenen Jahres teilgenommen zu haben, wenigstens schrieb die „Magdeb. Volksstimme“:

„Die Ursache der Mißerfolge ist ... in unsern eigenen Reihen zu suchen ... Nicht allein, daß die unglückselige Septemberwoche unsern Gegner billige und zugünstige Angriffsverhältnisse geliefert hat; viel schwerer wiegt, daß die Massen der Partei vor den Kopf, die Mitläufer zurückgetrieben, und daß vor allem die exponierten Genossen für eine geraume Weile mattgesetzt worden sind. Nicht die Wähler sind müde, sondern die Genossen, die in erster Linie berufen sind, die Begeisterung unter die Wähler zu tragen. Die Parteigenossen mit „gehobener Lebensstellung“ können es so leicht nicht vermerken, daß ihnen von oben herab als Anerkennung für ihre Wahlleistungen in Pausch und Bogen das Massenbewußtsein abgesprochen wird.“

Ein zweites bemerkenswertes Merkmal der Nachwahlen ist die Zunahme der Stimmen, die auf die Kandidaten der bürgerlichen Parteien in den Kreisen, wo überhaupt ein Wahlkampf stattfand, abgegeben wurden. Sie betrug an Stimmen in

Eineburg-Winzen	2012 (SD. — 1651)	=	+ 11,8 v. H. (SD. — 29,7 v. H.)
Straßburg (Land)	1399 (SD. — 1618)	=	+ 9,5 v. H. (SD. — 52,2 v. H.)
Dsnabrück-Verjenbrück	765 (SD. — 1493)	=	+ 3,2 v. H. (SD. — 22,6 v. H.)
Bischopau-Marienber.	626 (SD. — 3460)	=	+ 6,3 v. H. (SD. — 25,4 v. H.)
Altenburg-Schmölln	592 (SD. — 1268)	=	+ 3,4 v. H. (SD. — 6,7 v. H.)
Eschwege-Schmalkalden	493 (SD. — 648)	=	+ 4,3 v. H. (SD. — 10 v. H.)

Selbst in Wahlkreisen, in denen auch die bürgerlichen Parteien einen Stimmenrückgang zu verzeichnen haben, ist er lange nicht so groß, wie derjenige der Sozialdemokratie. Er betrug in

Mittweida-Rochlitz	969 (SD. — 3231)	=	- 8,4 v. H. (SD. — 16,7 v. H.)
Frankfurt a. D.-Lebus	674 (SD. — 1410)	=	- 4,4 v. H. (SD. — 11 v. H.)

Eine Ausnahme machen nur Dessau und Reichenbach im Vogtlande. In Dessau erklärt der Name Richard Roesicke die Abnahme der für die bürgerlichen Parteien abgegebenen Stimmen; in Reichenbach wurde für den Grafen v. Soensbroech eine eigentliche Agitation kaum entfaltet. So verloren die bürgerlichen Parteien an Stimmen in Auerbach-Reichenbach 3270 (SD. — 3334) = - 25 v. H. (SD. — 17,4 v. H.) Dessau-Verbst 2681 (SD. + 447) = - 15,5 v. H. (SD. + 3,6 v. H.)

Erheblich ist auch der Rückgang der Stimmen der bürgerlichen Parteien in Stallupönen-Goldap und Tauberhofsheim-Wertheim, wo er indes aus dem Mangel an Gegenkandidaten seine Erklärung findet.

Was die Ergebnisse der Nachwahlen anbelangt, so schneit, wie schon erwähnt, die Sozialdemokratie mit dem Verlust von drei Mandaten am schlechtesten ab; sie behauptete ihre Sitze in Reichenbach und Mittweida mit dem „Rehgebote-Goffmann“ und mit Stielen-Altenburg, der statt Göhres, nachdem dieser sein Mandat infolge der Angriffe Bebels auf dem Dresdener Parteitag niedergelegt hatte, gewählt wurde. Sie verlor Frankfurt a. D. an den

(Mit zwei Landtagsbeisitzern.)

Nationalliberalen Bassermann, Altenburg an Dr. Porzig (dk.) und Bischopau an den Antisemiten Zimmermann. Die Antisemiten brachten es auch im Wahlkreise Eschwege mit Raab zum Siege. Die Nationalliberalen gewonnen zwei und verloren ein Mandat. Dr. Zäncke unterlag wegen der Haltung des Bundes der Landwirte dem Welfen Frhrn. von Wangenheim. Dagegen eroberte Bassermann Frankfurt a. D. und Bamhoff von den Welfen Dsnabrück. In Straßburg (Land) und Dessau sind die Abgeordneten Blumenthal (Hospitalant der Deutschen Volkspartei) und Schrader (Freisinnige Vereinigung) wieder durchgedrungen. In Tauberhofsheim behauptete der Zentrumsabgeordnete Zehner, dessen Mandat wegen Beförderung erloschen war, den Wahlkreis. In Stallupönen wurde an Stelle des verstorbenen Abgeordneten v. Sperber der Konserervative Kretsch gewählt. Wegen Doppelwahl lehnte der Pole Leon v. Czarlinski seine Wahl in Schlochau ab. Statt seiner wurde gegen den Willen der Parteileitung der Radikalpole Kulerski gewählt. Für den verstorbenen Abgeordneten v. Glebocki zog der Pole Chlapowski in den Reichstag. Die mitgeteilten Zahlen zeigen somit das Anwachsen der Stimmen der bürgerlichen Parteien gegenüber der Sozialdemokratie.

## Die reichsländische Justiznovelle.

— Straßburg, 19. Juni.

Nachdem die Spezialkommission, an welche der Landesauschuß den Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung verschiedener Justizgesetze (Justiznovelle) überreicht hatte, die Vorberatung dieser Regierungsvorlage in erster Lesung beendet hat, vertrat sie heute ihre weiteren Arbeiten und Beschlusfassungen bis zum September, wo sie wieder zusammentreten wird. Denn zwei hauptsächliche Punkte und Fragen, welche die Kommission in die Justiznovelle hineinzusetzen anregte, harren noch vollständig einer Erledigung. Der erste Punkt betrifft die Bejeitigung der Haftungspflicht des Staates für die schadenbringenden Handlungen der Gerichtsvollzieher und Notare. Die Besprechung hat zunächst kein anderes Resultat ergeben, als daß die Kommission den Wunsch an die Regierung richtete, darüber eine Denkschrift vorgelegt zu bekommen. Die Regierung ist dem bereitwillig nachgekommen und hat der Kommission eine eingehende Ausarbeitung über den rechtlichen Stand dieser Frage zugehen lassen. Der zweite Punkt bezieht sich auf die Herbeiführung einer Erleichterung der Formalitäten bezüglich der Hypothekenlöschung sowie der Eigentumsübertragung, wenn kleine Teile von Grundstücken zu Feldwegeanlagen und ähnlichen Zwecken entnommen werden sollen. Es handelt sich also um die Entnahme kleinerer Abschnitte von Grundstücken zu den angedeuteten Zwecken, ohne die Besitzer von Hypotheken auf den letzteren in ihren Rechten zu schädigen! Diese sogenannten Unschädlichkeitserklärungen umfassen jedoch eine Materie, die nicht so einfach ist und deren Regelung daher vielleicht besser in einem besonderen Gesetze zu behandeln wäre. Jedenfalls aber wird die Spezialkommission über die berührten beiden Punkte erst nach ihrem Wiederzusammentreten im September beraten und beschließen. Außerdem ist auch die Frage der gerichtlichen Befanntmachungen noch nicht zu einem endgültigen Abschluß gebracht. In der Kommission scheint allerdings eine gewisse Stimmung für die Schaffung eines eigenen Zentrallblattes für gerichtliche Publikationen vorzuherrschen.

## Reorganisation der französischen Feldartillerie.

\* Ein militärischer Berichterstatter schreibt uns: In fast allen Armeen steht augenblicklich die Reuewaffnung der Feldartillerie mit Schnellfeuergeschützen und eine damit zusammenhängende Reueorganisation derselben im Vordergrund des militärischen Interesses. Wie außerordentlich schwierig die Lösung dieser Frage ist und wie notwendig daher die peinlichste Erwägung und Prüfung aller Einzelheiten wird, das kann man am deutlichsten aus den Erfahrungen bei dem französischen Heere sehen, das das erste war, das seine Artillerie mit Rohrrücklaufgeschützen ausrüstete und seitdem, wenn auch im Geheimen, nicht nur fortgesetzt an

seinem Material bessert, um sich nicht von den Fortschritten anderer Mächte in artilleristischer Hinsicht überholen zu lassen, sondern besonders häufig auch an der Gliederung dieser Waffe ändert.

Bekanntlich bestehen in Frankreich zurzeit in jedem Armeekorps im Frieden zwei zu einer Feldartilleriebrigade vereinigte und dem kommandierenden General unterstellte Artillerie-Regimenter, von denen eines im Kriegsfall geteilt wird und die Artillerie für die beiden Infanterie-Divisionen stellt, während das andere die Korpsartillerie zu bilden bestimmt ist. Inzwischen verfügt darnach das Armeekorps über 23 Batterien mit 92 Geschützen. Man hat schon lange erkannt, daß auf diese Weise die Kommandeure der Infanterie-Divisionen, denen keine Artillerie im Frieden unterstellt ist, sich nicht hinreichend mit der Verwendung der ihnen im Kriegsfall unterstellten Artillerie vertraut machen können. Aus diesem Grunde hat man vor einiger Zeit das eine Artillerie-Regiment, das zu 12 Batterien formiert ist, in zwei Halbregimenter zerlegt, von denen je eines zu 6 Batterien bereits im Frieden den betreffenden Infanterie-Divisionen zugeteilt ist. Das andere Regiment zu 11 Batterien verblieb als Korpsartillerie in der Hand des Artilleriegenerals des Armeekorps. Es war dies aber immerhin nur eine halbe Maßregel, insofern man sich nicht im Frieden zu einer völligen Teilung in zwei selbständige Divisionsregimenter entschließen konnte, und sich außerdem die Bildung kriegs-starker Verbände zu Übungszwecken aus so schwachen Einheiten nicht erreichen ließ. Der Kriegsminister hat infolgedessen abermals eine Reorganisation der Feldartillerie in Vorschlag gebracht und diese Notwendigkeit damit begründet, daß die Halbregimenter zu schwach seien, um eine selbständige Existenz zu führen. Es sei dies seit zwei Jahren besonders hervorgetreten, seitdem die Friedenspräsenzstärke zu sinken begonnen habe, und werde sich noch mehr bei der bevorstehenden Einführung der zweijährigen Dienstzeit bemerkbar machen, die eine weitere Abnahme der Heeresstärke im Gefolge habe. Aus finanziellen Gründen sei man leider aber noch immer nicht in der Lage, diese Halbregimenter zu hinreichend starken, selbständigen Regimentern auszugestalten und müsse daher die beiden Halbregimenter wieder, wie früher, zu einem Regiment vereinigen.

Andererseits könnte man den Grundsatz, die Infanterie-Divisionen im Frieden nicht ohne Artillerie zu lassen, nicht aufgeben und werde daher wahrscheinlich zu der Lösung greifen, jeder der beiden Divisionen eines der beiden jetzt bestehenden Regimenter des Armeekorps zuzuteilen. Aus diesen, die nunmehr beide zu Divisions-Artillerie-Regimentern würden, werde dann bei der Mobilmachung die Korpsartillerie in der Weise gebildet, daß jedes Divisions-Artillerie-Regiment sich auf eine Stärke von 8 Batterien setze und die übrig bleibenden 7 Batterien zur Formation des Korpsartillerie-Regiments verwendet werden. Allerdings muß bei dieser Reorganisation der große Nachteil, daß diese Korpsartillerie im Kriegsfall improvisiert werden muß, in den Kauf genommen werden. Es fragt sich, ob diese dann wirklich einen derartig organisierten Artillerieförderung darstellt, wie ihn der kommandierende General zur Verfügung haben muß, wenn er noch irgendeinen wesentlichen Einfluß auf den Verlauf der Schlacht ausüben will, nachdem er seine beiden Divisionen angeführt hat. Gerade aus diesem Grunde legt man aber in Frankreich größten Wert darauf, die Korpsartillerie beizubehalten. Es scheint daher, bei der Bedeutung, die man der Korpsartillerie in Frankreich beilegt, immer noch fraglich, ob diese Reorganisation die letzte sein wird, oder ob sich General André nicht bald zu neuen Vorschlägen entschließen wird. Auf der anderen Seite darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Durchführung der ins Auge gefaßten Neugliederung in artilleristischen Kreisen deshalb so viele Anhänger hat, weil man sich mit der ebenfalls noch nicht lange bestehenden Einteilung der Batterien in vier Geschütze nicht befremden kann und gerne wieder zur früheren Organisation der Batterie zu 6 Geschützen zurückkehren möchte. Die Möglichkeit hierzu erscheint aber ausgeschlossen, solange wie jetzt, jedes Artillerie-Regiment 11, respektive 12 Batterien stark ist, während bei drei Regimentern zu 7 und 8 Batterien diese sehr wohl zu je 6 Geschützen eingeteilt werden könnten, ohne daß dadurch ein zu schwerfälliger Verband entstehen würde.

### Zum Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

(Telegramm.)

\* Berlin, 19. Juni. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ meldet: Eine Deputation der südwestafrikanischen Farmer und Kaufleute ist, wie schon erwähnt, am 16. Juni vom Reichskanzler empfangen worden. Wie wir erfahren, hat Graf Bülow in Erwiderung auf die vorgetragenen Wünsche zugesagt, daß sowohl die Frage der Erhöhung der Entschädigungssumme als auch die Form der Hilfeleistung einer erneuten Prüfung unterzogen werden soll. Nach beiden Richtungen wird die durch die Verfügung des Reichskanzlers vom 2. Juni im Schutzgebiet eingeleitete Kommission, deren Aufgabe es ist, über die Verteilung der bereits bewilligten zwei Millionen Mark Bestimmungen zu treffen, bis zum Wiederzusammentreten des Reichstages neues Material liefern. Der Reichskanzler glaubt jedoch schon jetzt in Aussicht stellen zu können, daß in dem im kommenden Herbst dem Reichstage vorzuliegenden Nachtragsetat für Südwestafrika weitere Mittel auch für Beihilfen an die geschädigten Ansiedler angefordert werden

würden, und daß er bei dieser Gelegenheit im Reichstage für eine den Wünschen der Ansiedler entsprechende Revision der früheren Beschlüsse über die Form der Entschädigung eintreten werde. Im Anschluß an die Entschädigungsfrage brachte die Deputation einige weitere, auf die Organisation der Schutzgebietsverwaltung sich beziehende Wünsche vor, insbesondere hinsichtlich einer stärkeren Beteiligung der Ansiedler an der Verwaltung, einer schärferen Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilverwaltung und hinsichtlich gewisser Reformen in der Beamtenlaufbahn. Der Reichskanzler antwortete, daß die von der Deputation angeregten Verwaltungsfragen schon seit längerer Zeit Gegenstand seiner ersten Aufmerksamkeit und eingehender Erwägungen der beteiligten Ressorts seien. Der Reichskanzler erklärte sich schließlich bereit, den Wunsch der Deputation, beim Kaiser empfangen zu werden, Allerhöchsten Orts zu befehlen.

### Der russisch-japanische Krieg.

(Telegramm.)

\* London, 20. Juni. Ueber die Schlacht bei Wangfou wird dem Reuterschen Bureau gemeldet: General Oku begann den Vormarsch am 13. Juni in drei Kolonnen mit Kavallerie. Der Kampf begann am 14. Juni, nachmittags 3 Uhr, mit einem Artilleriegefecht. Die Russen hatten 98 Geschütze und erwiderten seit abends das japanische Feuer in lebhafter Weise. Während der Nacht bemächtigten sich die Japaner eines Hügelns zwischen Tschongtschiatun und Wengschiatun und eines Hügelns westlich von Tschungtska. Ein Teil der mittleren Kolonne der Japaner rückte längs der Fufschußlinie vor und litt stark unter dem russischen Feuer. Eine Abteilung Infanterie und Artillerie wurde schleunigst zur Hilfe geschickt, worauf die vereinigte Streitmacht die Russen aus Lafangschien vertrieb und trotz des anhaltenden Geschützfeuers der Russen sich auch der dortigen Höhen bemächtigte und damit den Sieg entschied. Inzwischen wurde der rechte japanische Flügel stark bedrängt. General Oku mußte zweimal die Infanteriereferenzen eingreifen lassen. Die Russen machten wiederholt vergebliche Gegenangriffe, aber in einem sehr kritischen Moment umging die japanische Kavallerie die russische Stellung und griff dieselbe in der linken Flanke an. Die Russen zogen Verstärkungen heran und leisteten hartnäckigen Widerstand bis sie von beiden Seiten eingeschlossen waren. Als sie dann den Rückzug antreten, versuchte die japanische Kavallerie sie zu verfolgen, mußte aber der Schwierigkeit des Terrains wegen davon abstehen. Dem linken japanischen Flügel gelang es, 900 Mann russische Infanterie, welche von Wuiachiatun zurückgingen, aufzufangen. Die Verluste der Japaner betragen 900 Mann, darunter 8 Offiziere tot und 14 verwundet.

### Vom Wladivostok-Geschwader.

\* Tokio, 20. Juni. Das Wladivostok-Geschwader verließ am 18. Juni in der Höhe von Genaschiki und fuhr nordwärts. Niemand weiß, ob ein Teil der Flotte des Admirals Kamimura auf der Höhe von Wladivostok auf der Lauer liegt. Kamimura hatte hinlänglich Zeit nach Wladivostok zu gelangen, ohne daß es zu einem Gefecht mit den Russen kam, obwohl der Nebel das Vorrücken der Japaner verzögerte. An dem Tage, an dem die Transportschiffe „Sadomaru“ und „Siachimaru“ angegriffen wurden, befanden sich dreizehn japanische Transportschiffe in der Straße von Korea. Die Tatsache, daß es dem russischen Geschwader gelang, zu entkommen, gab zu heftigen Angriffen auf Kamimura Veranlassung. Man meint sogar, daß der Admiral, wenn es den Russen gelänge, nach Wladivostok zu gelangen, zurücktreten oder Selbstmord begehen müsse. In der Bevölkerung macht sich eine lebhaftere Bewegung für die Ersetzung des Admirals durch eine andere Persönlichkeit geltend.

\* Tokio, 20. Juni, mittags. Admiral Kamimura ist gestern nach seinem Operationsstützpunkt zurückgekehrt, ohne die russischen Schiffe gesehen zu haben.

\* Tokio, 19. Juni. Die Segelschiffe „Yawata“ und „Ansei“ wurden am Donnerstag von den Russen zwischen den Inseln Oku und Kojima versenkt. 37 Ueberlebende sind am Nachmittag in Jelschi eingetroffen. Auf dem Streifzuge des Wladivostokgeschwaders wurden bisher fünf Schiffe zum Sinken gebracht.

\* Tokio, 20. Juni. General Oku berichtet, er habe 1510 auf dem Schlachtfeld von Telissu gefallene Russen beerdigt lassen. Eingeborene melden, daß die Russen außerdem viele tote beerdigten, verbrannten, oder wegbrachten.

### Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 20. Juni.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin traf am Samstag den 19. d. M. um 12 Uhr 45 Minuten in Forstheim ein und wurde am Bahnhof von dem Amtsvorstand Oberamtmann Dr. Jolly und dem Oberbürgermeister Habermehl empfangen. Höchstselbst besichtigte zunächst die von der Stadtgemeinde neu eingerichtete Luifentrippe und nahm zahlreiche Vorstellungen entgegen. Hiernach besuchte Ihre königliche Hoheit das neue Lächter-Institut, das Krankenhaus Siloah, die Anstalt Salem und das städtische Hospital. Zum Schluß nahm Höchstselbst den Tee im Hause des Oberbürgermeisters Habermehl. Die Abreise erfolgte 6 Uhr 54 Minuten, die Ankunft in Karlsruhe 8 Uhr 22 Minuten abends.

Am gestrigen Sonntag vormittag fand in der Schloßkapell in Baden Gottesdienst statt, wobei Präsident

D. Gelbing die Predigt hielt. Zur Frühstückstafel der Großherzoglichen Herrschaften erschienen Seine Durchlaucht Prinz Alexander zu Hohenlohe-Schillingsfürst und Prinz zu Sayn-Wittgenstein, ferner die Generale von Frenhold und von Parveval, sowie Oberbürgermeister Dr. Gömmer. Nach 5 Uhr kamen Seine Durchlaucht der Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, kaiserlicher Statthalter in Elsaß-Lothringen, mit Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Teodora von Schleswig-Holstein in Baden an, wurden am Bahnhof von Seiner königlichen Hoheit dem Erbgroßherzog empfangen und zum Großherzoglichen Schloß geleitet. Der Hohe Besuch nahm mit den höchsten Herrschaften den Tee ein und kehrte am späteren Abend nach Straßburg zurück.

In der heutigen Frühstückstafel nahmen General der Infanterie von Schlichting mit Gemahlin, Oberst Dürr, Inspektor der Marine-Infanterie, Major a. D. Graf von Rankau, sowie die Forstmeister Louis und Freiherr von Stetten teil.

Nachmittags 5 Uhr empfingen die Großherzoglichen Herrschaften den Staatssekretär a. D. Wirklichen Geheimrat von Puttkamer in Audienz. Um halb 6 Uhr fand bei Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin ein größerer Damenempfang statt.

Gegen 8 Uhr reisten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und der Erbgroßherzog mit Gefolge nach Karlsruhe.

§ (14. Verbandstag der kaufmännischen Vereine Badens und der Pfalz.) Gestern vormittag 9 Uhr traten die Delegierten hier im kleinen Saal der Festhalle zur diesjährigen Hauptversammlung zusammen. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, Direktor Kinkelmann, wurde die Präsenzliste festgestellt; danach waren von den 19 Vereinen des Verbandes 17 durch etwa 50 Delegierte vertreten. Als Vertreter der Großh. Regierung war Herr Oberamtmann v. Red erschienen, der an Stelle des zurzeit in Berlin weilenden Herrn Geh. Oberregierungsrat Braun die besten Wünsche der Großh. Regierung für eine erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes zum Ausdruck brachte. Insbesondere auf dem Gebiete der kaufmännischen Ausbildung und der Regelung des Verhältniswesens zwischen den Prinzipalen und den kaufmännischen Beamten löste die staatliche und Vereins-tätigkeit gegenseitig zusammenwirken. Namens der Handelskammer begrüßte Geh. Kommerzienrat Köllle, namens der Stadt Stadtrat Homburger die Anwesenden und Herr Focke-Heilbronn überbrachte der Versammlung die freundschaftlichen Grüße des Verbandes der kaufmännischen Vereine Württembergs. Sodann begannen die Verhandlungen. Der Verbandssekretär Krauth, Mannheim erstattete zunächst den Jahresbericht u. gab die Rechnungsablage; danach hat die Mitgliederzahl des Verbandes sich im letzten Jahr um 153 vermehrt und die Gesamtzahl von 7605 erreicht, wovon 3518 Prinzipale, 3559 Gehilfen und 528 Lehrlinge sind. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen 1853 M., die Ausgaben 1718 M., das Verbandsvermögen 7954 M. Die Krankenkasse bilanziert mit etwa 15 000 Ausgaben und Einnahmen. Herr Zivi-Mannheim referierte darauf in sehr klarem Vortrage über „Die Notwendigkeit einer Invaliditäts-, Alters-, sowie Hinterbliebenenversorgung der kaufmännischen Angestellten“. Nach längerer Debatte, an der sich die Herren Braun-Karlsruhe, Habermehl-Forstheim, Köllle-Mannheim beteiligten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Hauptversammlung des Verbandes der kaufmännischen Vereine Badens und der Pfalz erachtet im Hinblick auf die unsicheren Erwerbsverhältnisse im baldmögliche Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, der die obligatorische Unfall- und Invaliditätsversicherung sämtlicher Privatangestellten mit Einschluß einer Witwen- und Waisenpension zum Gegenstande hat. Ferner wolle die hohe Reichsregierung die Versicherungsanstalten veranlassen, ein gesondertes statistisches Material zu schaffen bezüglich der Leistungen der Versicherungsanstalten gegenüber den kaufmännischen Angestellten. — Die hohen Landesregierungen werden gebeten, diesen Forderungen Unterstützung zu gewähren.“

Den nächsten Punkt bildete „der Plan einer Stellenvermittlung durch die Handelskammern“, der einheitlich abgelehnt wurde und zur Annahme folgender Resolution führte:

„Der Verband der kaufmännischen Vereine Badens und der Pfalz spricht sich gegen die geplante Errichtung von Arbeitsnachweiser für kaufmännische Angestellte durch die Handelskammern aus, da eine Notwendigkeit hierfür nicht vorliegt, nachdem die Stellenvermittlungsabteilungen der kaufmännischen Vereine für die Angestellten zur vollkommenen Zufriedenheit wirken. Der Verband begrüßt es mit Genugtuung, daß sich die Mehrzahl der deutschen Handelskammern einem diesbezüglichen Plane der Wiesbadener Handelskammer gegenüber ablehnend verhalten hat.“

Nach kurzer Frühstückspause kam es dann zu eingehender Beratung über die Frage der Schaffung eines Verbandsorgans. Der Berichterstatter, Herr Emmerich-Festburg, wie auch die übrigen Redner, darunter die Herren Zivi, Braun, Frenhold, Köllle, Habermehl, Doerr-Ludwigsbafen, Köllle, Köllsch sprachen sich im allgemeinen für die Gründung eines Verbandsorgans aus, auch der anwesende Vertreter des württembergischen Verbandes, Herr Focke, konnte nach den Erfahrungen die man mit dem dort bestehenden Verbandsblatt gemacht habe, den Plan nur empfehlen. Auf Antrag des Herrn Braun wurde schließlich eine sechsgliedrige Kommission zur Vorberatung und Prüfung der Frage gebildet, die dann dem Verbandsbestimmte Vorschläge machen soll. Herr Doerr-Ludwigsbafen berichtete über „Merkmalsgewährung“. Hierzu sprachen die Herren Köllsch, Frenhold, Habermehl und Zivi, alle in nachdrücklich befürwortendem Sinne. Folgende vom Berichterstatter eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Hauptversammlung des Verbandes der kaufmännischen Vereine Badens und der Pfalz ist von der dringenden Notwendigkeit eines regelmäßigen Sommerurlaubs für die kaufmännischen Angestellten überzeugt und erachtet dessen Durchführung beim weitaus größten Teil der Geschäftsbetriebe ohne eine Schädigung derselben für möglich. Sie richtet daher die dringende Bitte an alle Prinzipale, welche diese Einrichtung in ihren Geschäften noch nicht getroffen haben, diesem Bedürfnis zu entsprechen, und ihren Angestellten die Bohlzeit einer Ausspannung, aus der täglichen Berufsarbeit, die zur Erhaltung eines körperlich gefunden, schaffensfreudigen und leistungsfähigen Gehilfenstandes unbedingt erforderlich ist, zuteil werden zu lassen.“

Als Ort für den nächstjährigen Verbandstag wurde Neustadt in der Pfalz bestimmt.

Nach einem zusammenfassenden Referat über die Beschlüsse der Hauptversammlung des Deutschen Verbandes



**Zur  
REISE- UND BADESAISON**

empfehlen wir:

Gummi-Mäntel, geruchlos, für Damen und Herren, Gummi-Reisekissen, Gummi-Badewannen, zusammenlegbar, Gummi-Reise-Irrigateure, Gummi-Baderollen,	Gummi-Badehauben, Gummi-Wäsche, Gummi-Hosenträger, Gummi-Kämme, Gummi-Trinkbecher, Schwämme, Frottirtartikel etc. etc.
--	--

**Kreuzstr. 21 Aretz & Cie. Telephon 219**  
Inh.: **Wilhelm Schma u. Arthur Fackler**  
Grossherzogl. Hoflieferanten. R 719

**Frühjahrskleider** reinigt tadellos in kürzester Zeit  
Färberei Ed. Printz, Karlsruhe.

**Hotel Sorrento, Baden-Baden**  
Lichtentaler Allee 14.

Familienhotel ersten Ranges, stets geöffnet, vollständig renoviert und neu eingerichtet, unvergleichlich schöne Lage, mäßige Preise. Pension, verbunden mit rheinischer Weinstube und elegantem Garten-Café-Restaurant, angelegentlich empfohlen durch die neue Inhaberin

Frau Dr. med. Elly Thoma.

**Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit**  
vormals Allgemeine Versorgungs-Anstalt.  
Gewinn- und Verlustrechnung.

A. Einnahmen.	
I. Ueberträge aus dem Vorjahr:	
1. Prämienreserven	137 553 723.45
2. Reserve für schwebende Versicherungsfälle	413 249.71
3. Gewinnreserve der Versicherten	17 834 950.15
Zuwachs aus dem Ueberchuß des Vorjahres	5 221 177.40
4. Sonstige Reserven	3 686 734.07
Zuwachs aus dem Ueberchuß des Vorjahres	120 000.—
<b>164 829 834.78</b>	
II. Prämien:	
a. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	17 809 054.81
b. Kapitalversicherungen auf den Lebensfall	2 747.19
c. Rentenversicherungen	2 552.10
d. Sonstige Versicherungen	233 009.42
<b>18 047 863.52</b>	
III. Polizengebühren	26 177.37
IV. Kapitalerträge: Zinsen u. Mieten	6 925 896.93
V. Gewinn aus Kapitalanlagen:	
Kursgewinn	6 880.—
Sonstiger Gewinn	14 812.95
<b>21 692.95</b>	
VI. Sonstige Einnahmen	22 519.18
<b>189 873 484.73</b>	
B. Ausgaben.	
I. Zahlungen für unerlebte Versicherungsfälle der Vorjahre:	
Geleistet	371 215.81
Zurückgestellt	31 802.04
<b>403 017.85</b>	
II. Zahlungen für Versicherungsverpflichtungen im Geschäftsjahr:	
Kapitalversicherungen auf den Todesfall:	
1. Geleistet	7 642 292.54
2. Zurückgestellt	232 010.75
<b>7 874 303.29</b>	
Kapitalversicherungen auf den Lebensfall:	
1. Geleistet	101 982.95
2. Zurückgestellt	14 784.80
<b>116 717.75</b>	
Rentenversicherungen:	
1. Geleistet	741 755.28
2. Zurückgestellt	18 709.65
<b>760 464.93</b>	
Sonstige Versicherungen:	
1. Geleistet	2 202.79
2. Zurückgestellt	—
<b>2 202.79</b>	
III. Zahlungen für vorzeitig aufgelöste Versicherungen (Rückkauf)	480 517.26
IV. Gewinnanteile an Versicherte:	
1. Aus den Vorjahren:	
abgehoben	15 454.63
nicht abgehoben	63 819.86
<b>79 274.49</b>	
2. Aus dem Geschäftsjahr:	
abgehoben	3 581 871.89
nicht abgehoben	32 189.48
<b>3 614 061.37</b>	
V. Steuern und Verwaltungskosten:	
1. Steuern	45 631.17
2. Verwaltungskosten und Provisionen	1 441 876.75
<b>1 487 507.92</b>	
VI. Abschreibungen	33 371.68
VII. Prämienreserven am Schlusse des Geschäftsjahres:	
1. Kapitalversicherungen auf den Todesfall	134 566 864.68
2. Kapitalversicherungen auf den Lebensfall	173 475.06
3. Rentenversicherungen	10 764 856.04
4. Sonstige Versicherungen	639 385.62
<b>146 144 581.40</b>	
VIII. Gewinnreserve der Versicherten	
IX. Sonstige Reserven u. Rücklagen	
X. Sonstige Ausgaben (Staatsaufsichtgebühren)	
<b>3 864.04</b>	
<b>184 345 508.41</b>	
C. Abschluss.	
Gesamteinnahmen	189 873 484.73
Gesamttausgaben	184 345 508.41
<b>5 527 976.32</b>	
Ueberchuß der Einnahmen	
D. Verwendung des Ueberchusses.	
An den Reservefonds (§ 37 d. P.B.G.)	300 000.—
An die sonstigen Reserven	70 000.—
An die Gewinnreserve der Versicherten	5 157 976.32
<b>5 527 976.32</b>	

**Bilanz auf 31. Dezember 1903.**

A. Aktiva.	
I. Grundbesitz	1 570 000.—
II. Hypotheken und Ausleihungen an Gemeinden	153 022 451.36
III. Darlehen auf Wertpapiere	277 836.18
IV. Wertpapiere:	
1. Münchener Wertpapiere	4 669 785.49
2. Sonstige Wertpapiere	99 600.—
<b>4 769 385.49</b>	
V. Vorauszahlungen und Darlehen auf Polizien	13 043 573.40
VI. Guthaben bei Bankhäusern (nur Reichsbank)	134 283.61
<b>6 087 743.45</b>	
VII. Gestundete Prämien	
VIII. Rückständige Zinsen und Mieten (einschl. 876 717 M. 36 Pf. Zinsraten)	
<b>899 420.98</b>	
IX. Kasse bei Agenten: aus dem Geschäftsjahr	189 690.89
X. Barer Kassenbestand	119 886.72
XI. Kautionsdarlehen an versicherte Beamte	62 594.14
XII. Sonstige Aktiva	3 916.—
<b>180 180 281.72</b>	
B. Passiva.	
I. Prämienreserven für:	
1. Kapitalversicherungen auf Todesfall	134 566 864.68
2. Kapitalversicherungen auf Lebensfall	173 475.06
3. Rentenversicherungen	10 764 856.04
4. Sonstige Versicherungen	639 385.62
<b>146 144 581.40</b>	
II. Reserven für schwebende Versicherungsfälle:	
1. Beim Prämienreservefonds aufbewahrt	257 507.13
2. Sonstige Bestandteile	39 800.11
<b>297 507.24</b>	
III. Gewinnreserve der mit Gewinnanteil Versicherten	
IV. Sonstige Reserven, und zwar:	
Arbeitsreserve	2 194 223.32
Inhabilitätsreserve	145 230.36
Kautionsreserve	16 665.44
Beamtenpensionsfonds	801 868.32
Zinsergänzungsreserve	570 536.25
Angefallene und gutgeschriebene Dividenden	114 663.65
Reserve für unerhob. Divid.	96 009.34
Reserve für unerhob. Rückvergüt.	66 366.99
<b>4 005 503.67</b>	
V. Barkautionen	159 501.70
VI. Sonstige Passiva, und zwar:	
Hinterlegungskasse	885 255.47
Sparkasse	2 552 215.68
Kinderverforg. Vereine	223 827.33
Nebentr. d. früheren Bad. L.B.G.	444 562.70
Amortisationsfonds für Kautionsdarlehen	3 420.90
Hypothek auf dem Berliner Haus (bis 1907 unkündbar)	500 000.—
<b>4 609 282.08</b>	
VII. Gewinn	5 527 976.32
<b>180 180 281.72</b>	

Karlsruhe, den 18. Juni 1904.  
Die Direktion:  
Kimmig, Rheinbold, L. 108

**Nur 8 Tage! Nur 8 Tage!**

# ZIRKUS DREXLER

in Karlsruhe auf dem Messplatz.

Dienstag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr

## Grosse Gala-Eröffnungs-Vorstellung

mit einem noch nie vorher hier gesehenen **Riesen-Prachtprogramm**. Besonders hervorzuheben sind der **Amerikaner Mr. Fuss** mit seinem Todesprung über 8 Pferde mit dem **Zweitrad**, die **Original-Meisterkassabandbesitzerin des Direktors Drexler** und ein **Corps de Ballet**, bestehend aus **30** bildschönen jungen Tänzerinnen, sowie alle übrigen engagierten Kunstkräfte.

Mittwoch, den 22. Juni, nachm. 4 1/2 und abends 8 1/2 Uhr

## Zwei grosse Gala-Sport-Vorstellungen

mit gänzlich neuem Programm.

**Preise der Plätze:** Logenstg 3 M., numerierte Fauteuils 2 M., erster Platz 1.50 M., zweiter Platz 1 M., Galerie (erhöhter Stehplatz) 50 Pf.

**Vorverkauf von Billets** für Logen, numerierte Plätze, Fauteuils, ersten und zweiten Platz von **10 Uhr morgens** an ununterbrochen an der **Kassakasse**.

Die Billets sind nur zu den Vorstellungen gültig, zu welchen sie gelöst werden.

**Zu allen Vorstellungen neues Programm.**

Zu den vormittags von 9 Uhr ab stattfindenden Proben ist der Zutritt gegen Zahlung von **20 Pf.** für Erwachsene und **10 Pf.** für Kinder gestattet. An Sonn- und Festtagen finden keine Proben statt.

Alles Nähere durch die Tageszettel.  
Hochachtungsvoll  
**W. Drexler,**  
Direktor und alleiniger Besitzer.

**Die bedeutendsten Meister des Klavier- und Pianinos von Bechstein, Blüthner, Steinweg Nachf., Steinweg & Söhne.**

Dieser Kunstwerke ist ein wunderbarer Gesangreichtum des Tones eigen, verbunden mit ausgezeichneter Spielart und gehört denselben unstrittig der erste Platz in der Instrumentenbaukunst.

Die erwähnten Fabrikate sind bei Hoflieferant **Schweissgut**, Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4, in schöner Auswahl zum Verkauf aufgestellt.

B-949

**Zwangsvollstreckung.**

Mittwoch, den 22. Juni 1904, vormittags 10 Uhr

beginnend, werde ich in Bruchsal, Rheinstraße Nr. 5, gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

ca. 140 cbm geschnittene Hölzer, als: Eichen, Tannen, Fichten, Kiefern, Buchen, Kieferbaum, Nadelbaum, Weibholz, 1700 qm gebohlene Bretter, Bitisch-Pumpe etc., 5500 lfd. m Rahmen, Leisten und Stäbe, 40000 Stück Reispfähle, 1000 Bund Schindeln, 400 Bund Dachlatten, 400 Bund sonstige Gipslatten, 1 komplette Bureaueinrichtung mit neuer Schreibmaschine, 1 Rechenmaschine, 1 Kassenstrahl und sonst Verschiedenes.

Bruchsal, den 20. Juni 1904.  
Graf, Gerichtsvollzieher.

**Bürgerliche Rechtsfreite.**

Konkursverfahren.

R. 93. Nr. 17214. Herrmann.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns **Jean Ruth** in Steiten ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschließung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Termin bestimmt auf:

Dienstag, den 12. Juli 1904, vormittags 11 Uhr.

Herrmann, den 18. Juni 1904.  
Gerichtsvollzieher Hr. Amtsgerichts, Kimmig.

R. 227.2. Nr. 2692. Heidelberg.

**Zwangsvollstreckung.**

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Heidelberg belegenen, im Grundbuche von Heidelberg Bd. 15/12 S. 20/1 B. 2. I Nr. 1 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Meisters Karl Gärtner** in Heidelberg eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am

Freitag, den 1. Juli 1904, vormittags 9 Uhr,

durch das unterzeichnete Notariat in dessen Diensträumen — Hauptstraße Nr. 129 — versteigert werden.

1. Lsg. Nr. 4290, 1 ar 95 qm Hofreite mit vierstöckigem Wohnhause, Eppelheimerstraße Nr. 4, geschätzt zu: 35 000 M.

2. Lsg. Nr. 4290a, 2 ar 24 qm Hofreite mit vierstöckigem Wohnhause und Nebengebäuden nebst Zubehör, Bergheimerstraße Nr. 87 b, geschätzt zu: 50 000 M.

Heidelberg, den 2. Juni 1904.  
Großh. Notariat II  
als Vollstreckungsgericht:  
G. Kaiser.

**Lieferung**

von gußeisernen Hoheitsgrenzpfählen.

Die Lieferung von 11 Stück gußeisernen Hoheitsgrenzpfählen ist zu vergeben. Bedingungen nebst Zeichnung können bei unserer Expedition eingesehen oder auch gegen Einsendung von 50 Pf. in Briefmarken bezogen werden. Angebote sind versiegelt und mit obiger Aufschrift versehen, bis zum Montag, den 11. Juli d. J., vormittags 10 Uhr, anher einzureichen.

Karlsruhe, den 16. Juni 1904.  
Großh. Oberdirektion  
des Wasser- und Straßenbaus.

**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Verbindung.

Die Anlieferung von 1210 lfd. m Randsteinen aus Granit für die Eisenbahnüberführungen über den neuen Rangierbahnhof in Mannheim bei Kilometer 4 + 10 und Kilometer 6 + 97,5 wird hiermit öffentlich ausgeschrieben. Bedingungen und Zeichnung liegen auf dem Bureau des Unterzeichneten, Zimmer Nr. 89, zur Einsichtnahme auf. Abgabe derselben findet nicht statt.

R. 64.0.

Angebote mit entsprechender Aufschrift sind versiegelt bis zum Eröffnungstermin am 4. Juli l. J., 11 Uhr vormittags, an den Unterzeichneten einzureichen.

Mannheim, den 14. Juni 1904.  
Der Großh. Bahnbauinspektor.

R 109. Karlsruhe.

**Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Auf 1. Juli l. J. wird die Station **Reichenberg** der **Außig-Teplitzer** und der **südnorddeutschen Verbindungs-** Bahn für den Verkehr von **Mannheim** und **Mannheim-Industrie** in den **Kursnametarif** Nr. 10 für **Dele des Gütertarifs** Teil II **H. 1** für den **süddeutsch-österreich. Güterverkehr** einbezogen. Die **Frachtsätze** hierfür betragen je **3,40 Mark** für **100 kg.**

Karlsruhe, den 18. Juni 1904.  
Großh. Generaldirektion.